

Truppen) unter anderem erklärte: „Ich war gestern schon vor die Frage gestellt, zu bleiben oder abzurücken; aber ich bin geblieben, weil ich es für das Beste hielt. Das Judentum gewinnt wieder an Anhängern, deshalb müssen wir vorläufig unsere Sache zurückstellen.“ Deutschpöplische Flugblätter gegen die „Judenregierung“ wurden in München in den Tagen des Kapp-Putsch unter den Augen des Polizeipräsidenten Pöhner verteilt. Der Kampf gegen die „Judenrepublik“ sollte an der Seite Kapps geführt werden. Das es bestimmte monarchistische Agenten der Kapp-Verchwörung nicht allein auf einen Massenmord der Juden, sondern auch der Republikaner abgesehen hatten, das beweist das Schreiben des Leutnants M. an den Putschisten Berthold:

Hoffentlich vergißt der kommende Diktator nicht, die Juden für vogelfrei zu erklären — eine Nacht genügt —, um diese Hunde auszurollen. Ich habe hier schon eine schwarze Liste angelegt, damit auch die „Nichtigen“ mitgeschlagen werden, denn es verdienen's auch manche Nichtjuden reichlich.

Die von den Kapp-Putschisten geplante „Organisation in Bayern“, die in eine „rein militärische“ und „in eine zivil-politisch-wirtschaftliche“ zerfiel, sollte das ganze Volk „auf den Schlag“ vorbereiten, und sie sah ebenfalls die „Aufstellung von schwarzen Listen“ vor. Was diese „schwarzen Listen“ beabsichtigten, das läßt der oben angeführte Passus aus dem Brief eines Leutnants M. (vom 11. Februar 1920) leicht erraten.

Uebrigens bewegte sich der Kapp-Putschist Ludendorff, der in einem bei dem erschlagenen Hauptmann Berthold gefundenen Schriftstück direkt als kommender Diktator bezeichnet wird, ganz in deutschpöplischen Ideengängen. Ludendorff preist direkt die gemeine Fälscherarbeit: „Die Geheimnisse der Weisen von Zion“ an und verdächtigt die Juden, Deutschlands Niederlage herbeigeführt zu haben, um ihre nationalen Wünsche zu erfüllen.

Die „Geheimnisse der Weisen von Zion“ stehen aber in direkter Beziehung zur Ermordung Rathenaus. Der Mörder Kern suchte auf seinen Mitverschworenen Tschow dadurch einzuwirken, daß er Rathenau als einen der 300 Weisen von Zion bezeichnete, die die ganze Welt unter die Herrschaft des Judentums bringen wollen. Kern bezeichnete weiter dem Angeklagten Niedrig gegenüber den Bankier Warburg als einen der „Weisen von Zion“.

Die Produkte aus der deutschpöplischen Sudelküche haben mit ihrem Pogromgeschrei in antisemitisch-monarchistischen Kreisen die wildesten Instinkte geweckt und schließlich über die Attentate und Anschläge auf Erzberger, Gareis, Kuer, Scheidemann, Sängler, Hirschfeld, Harden zur Ermordung Rathenaus geführt. In dem Prozeß gegen die Rathenau-Mörder sind daher als die „eigentlichen Angeklagten“ die Geldgeber der deutschpöplischen Presse und der deutschpöplischen Geheimorganisationen zu bezeichnen.

Sie fühlen den Kapitalismus.

Die hinausgeworfenen Redakteure der „Tägl. Rundschau“

In der Bezirksversammlung des Reichsverbandes Deutscher Presse erregte kürzlich die scheinbar unter recht eigenartigen Umständen erfolgte Entlassung der Redakteure der „Tägl. Rundschau“ große Erregung. Die Delegiertenversammlung des Reichsverbandes Groß-Berlin nahm aus diesem Grunde folgende Entschliessung an:

„Die Delegiertenversammlung des Reichsverbandes Berlin im Reichsverband der deutschen Presse nimmt mit Enttäufung Kenntnis von der Behandlung der Kollegen beim Verkauf der „Tägl. Rundschau“. Sie fordert, daß sich sofort die Arbeitsgemeinschaft dieses Falles, der in jeder Beziehung aufs Schärfste dem Geist der Arbeitsgemeinschaft widerspricht, annimmt.“

Wie die Dena zu der Angelegenheit selbst erfährt, sind die finanziellen Schwierigkeiten der „Tägl. Rundschau“ den Redakteuren völlig unbekannt gewesen, auch über die eingeleiteten Verkaufsverhandlungen hat der Verlag die Redakteure völlig in Unkenntnis gelassen. Wie verkauft, ist der Verkauf in einer kaum 2 Stunden dauernden Verhandlung perfekt geworden und den Re-

daktoren ist dann noch am selben Tage auf einem hektographierten Bogen die Kündigung zugegangen. Gleichzeitig wurde ihnen mitgeteilt, daß sie im Betriebe vorläufig nicht mehr zu erscheinen brauchten. Ueber ihr Anstellungsverhältnis hat der Verlag sie im übrigen auch weiterhin im unklaren gelassen, doch hat er mit allen möglichen Mitteln versucht, sie von ihren rechtmäßigen Ansprüchen durch geringe Abfindungssummen abzubringen. Das ist in der Tat auch bei einem Teil der Redakteure gelungen. Nachträglich stellte sich erst heraus, daß der neue Verlag der „D. N. Z.“ eine gewisse Summe für die noch ausstehenden Ausgaben bereitgestellt hatte, und es wird jetzt behauptet, daß selbst an dieser Summe für die Redakteure gehalten der alte Verlag noch gewisse Verdienste erzielt habe. Der alte Verlag versucht, seinen Verpflichtungen gegenüber den Redakteuren vom 1. Januar 1923 ab nicht mehr nachzukommen, doch wird die Angelegenheit die Arbeitsgemeinschaft noch beschäftigen. Bezeichnend für die schikanöse Behandlung der Redakteure durch den alten Verlag ist die Tatsache, daß, obwohl keinerlei Arbeit für sie vorhanden war, die Redakteure sich täglich im Gebäude zu melden haben, widrigenfalls, so sagt der Verlag, sie ihrer Ansprüche gegenüber dem Verlag verlustig erklärt werden würden. Zum Verkauf der Zeitung selbst erfährt die Dena, daß nach Ansicht von Fachleuten die vorhandenen Werte fast verkleinert worden sind.

Unter der hinausgeworfenen Redaktion war die „Tägl. Rundsch.“ ein extrem nationalistisch-scharfmacherisches Blatt. Täglich bewies sie, daß nur die „Begehrtheit“ der Arbeiter den Wiederaufbau hindere und daß allein das Genie eines großzügigen Unternehmers Deutschlands Rettung sei. Für diese Dummheit hat nun der Kapitalismus in der ihm eigenen Manier quittiert — mit dem Fußtritt, den jede überflüssig gewordene Arbeitskraft erhält. Ob die um ihre Beiträge und Abfindungen geprellten Redakteure noch weiter den Kapitalismus verherrlichen werden?

Aus Breslau wird berichtet: Der bisherige verantwortliche Redakteur des „Striegauer Anzeigers“, Hermann Müller, hat sich, nach der „Börs. Ztg.“, erschossen, weil das Blatt nach seinem Verkauf entgegen der ihm ausdrücklich gegebenen Versicherung in die Hände rechts gerichteter Kreise überging, der langjährige Leiter des Blattes gekündigt und ein deutschnationaler Chefredakteur angestellt worden war. Müller war lange Zeit Vorstand der dortigen Demokratischen Partei. — Die „Börs. Ztg.“ bezeichnet Müller als Opfer der Pressenot. Er ist in Wirklichkeit Opfer des Pressekapitalismus, der Zeitungen „mit totem und lebendem Inventar“ kauft und ihre politische Richtung ohne andere Gefühle ändert, als etwa der Käufer eines Hauses dieses in anderer Farbe anstreichen läßt.

Die Spannung im Orient.

Die Konferenz von Rudania, die den allseitigen Waffenstillstand in Kleinasien herbeiführen soll, schien nach den ersten Redungen einen günstigen Verlauf zu nehmen. Plötzlich jedoch wurde die Konferenz unterbrochen, die Entente-Delegierten verließen den Verhandlungsort, der englische Oberbefehlshaber alarmierte London und es hieß von neuem, der Friede im Orient sei ernstlich gefährdet. Die Tatsache, daß sich der englische Außenminister Curzon eilig nach Paris begeben hat, läßt allerdings darauf schließen, daß die Lage wieder einmal eine unangenehme Zuspitzung erfahren, sie läßt vor allem darauf schließen, daß das Einvernehmen zwischen Frankreich und England einen Stoß erlitten hat. Der Vertrauensmann Frankreichs bei der Angoraregierung, Frankin Bouillon, auf den der Vertrag zwischen Frankreich und der Angoraregierung zurückzuführen ist, hat allem Anschein nach die Nationalitäten veranlaßt, in Rudania Forderungen zu stellen, die über den Rahmen der Verhandlungsgrundlage hinausgehen. Sie wollten sich mit einer Räumung Thrakiens durch die Griechen, die Uebernahme der Militärgewalt durch die Entente und der Zivilgewalt durch nationaltürkische Behörden nicht mehr begnügen, sondern noch vor der Friedenskonferenz das ostthrazische Gebiet vollständig übernehmen. Die Forderung scheint in solcher Form gestellt worden zu sein. Dem glaubt England nicht zustimmen zu dürfen, da auf diese Weise die Angoraregierung die Entscheidung der Friedenskonferenz in einem wichtigen Punkte vorausnehmen würde, so daß sie in Stand gesetzt wäre, in der Frage der Meer-

engen jeden denkbaren Druck auszuüben. Die französische Regierung scheint mit der Taktik ihrer Vertreter bei der Angoraregierung nicht ganz einverstanden zu sein; es ist anzunehmen, daß Curzon nicht ohne ein günstiges Resultat Paris verlassen wird und daß diese Haltung auf Kemal Pascha einen heilsamen Druck ausübt.

London, 7. Oktober. (W.B.) Einer Erhängungsbildung aus Konstantinopel zufolge ist die Konferenz von Rudania wieder aufgenommen worden. Die Alliierten hätten es abgelehnt, den kemalistischen Streitkräften vor Abschluß des Friedensvertrages freien Durchzug durch Thrazien zu gestatten. Die Lage bleibt gespannt.

Loucheur über die Reparationen.

„England ist der Schuldige!“

Paris, 7. Oktober. (W.B.) Nach einer Havas-Meldung aus New York gab Loucheur dem Vertreter der „Evening Post“ eine Erklärung über die Reparationsfrage ab, in der er u. a. sagte, es gebe in der Welt nur einen bestimmten Vorrat an Gold, und die Welt könne jährlich nur eine bestimmte Menge von Waren konsumieren. Das Reparationsproblem könne gelöst werden, wenn man diese beiden Grundsätze im Auge behalte. Man höre behaupten, Frankreich habe 1919 durch übertriebene Forderungen die Lösung dieser Frage unmöglich gemacht. Demgegenüber könnten die amerikanischen Delegierten auf der Friedenskonferenz und besonders die finanziellen und wirtschaftlichen Ratgeber Wilsons bezeugen, daß es Großbritannien gewesen sei, durchaus in gutem Glauben, das ziemlich bei allen Erörterungen die Zahlungsfähigkeit Deutschlands überschätzt habe, und daß die beiden Hauptvertreter der britischen Regierung in dem Ausschuss, der die Reparationssumme festsetzen sollte, stets erklärt hätten, Deutschland könne ohne Schwierigkeiten 200 Milliarden Goldmark bezahlen. Heute versicherten die Vertreter Großbritanniens ebenso bestimmt, Deutschland sei unfähig, auch nur den vierten Teil dieser Summe zu bezahlen. Wenn das so sei, dann müßten alle Bestimmungen, über die sich die Alliierten geeinigt hätten, revidiert werden. Loucheur wies darauf hin, daß Frankreich den größten Teil seiner Tätigkeit dem Wiederaufbau der Gegenden widmen müsse, die durch die deutschen Granaten und oft auch durch die Granaten der Alliierten zerstört seien. Jetzt lasse man Frankreich allein bei der Arbeit der Wiederherstellung und erkläre, Deutschland sei nicht imstande, die Kosten des Wiederaufbaues zu zahlen. Gleichzeitig verlangten Amerika und England die Rückzahlung ihrer Darlehen, und Deutschland behauptete, Frankreich verlange zuviel und schlage keine vernünftige Regelung vor. Tatsächlich habe Frankreich während der letzten drei Jahre zahlreiche Beweise seines guten Willens gegeben. Im Dezember 1921 habe es England den Plan einer allgemeinen Regelung, den sogenannten Plan von Chequers, vorgelegt. Es sei nicht Frankreichs Schuld, daß seine Alliierten und Freunde diesen Plan aus politischen und anderen Gründen abgelehnt hätten. Was Amerika angehe, so habe es noch immer nicht auf seine Loucheurs Argumente vom Februar 1922 bei der Regelung der französischen Schulden an Amerika erwidert. Loucheur schloß, solange die Nationen jede für sich ihren egoistischen Standpunkt aufrecht erhielten, würde die Welt im Zustand des Chaos bleiben. Frankreich wolle nicht seine Kriegsschulden wieder haben — das sei eine Unmöglichkeit — aber es würde nicht auf das verzichten, was ihm in festerer Weise versprochen worden sei. Es wolle ferner Sicherheit haben, um sich in Frieden der Arbeit des Wiederaufbaues und der Wiederherstellung des Weltfriedens widmen zu können. Hoffentlich werde auch Amerika Frankreich und England bei der Sicherung der Wohlfahrt der Welt zur Seite treten, bevor es zu spät sei.

Der Reichsbund der Kriegbeschädigten und Kriegesinterblichen bittet uns mitzuteilen, daß in dem (von uns abgedruckten) Bericht der Korrespondenz Thiels über den Prozeß Kuttner-Danilohn der Vorwurf Danilohns, während der Kapp-Lage von Herrn Elzard Geld empfangen zu haben, sich nicht auf die genannte Kriegeschädigtenorganisation, sondern auf den Republikanischen Führerbund bezog. — Uebrigens ist auch der Vorwurf in der letzteren Form von D. nicht bewiesen worden.

Dollar: 2242.

und auch eine kräftige Dosis gefunden, oft etwas derben humors verband. Ganz besonders umfangreich war seine literarische Tätigkeit. In zahlreichen Werken behandelte er das Leben der Tiere, namentlich der niederen Geschöpfe wie der Bienen und Eingeweidewürmer und wirkte geradezu bahnbrechend in der Lehre von ihrer Zeugung. In der Frage der Trichinen, die bald wachsendes Aufsehen erregte, erwieb er sich als erste Autorität und gab die Hauptbewegung zur Begründung der Berliner Fleischschau. Bezeichnend ist, daß 1860 die Philosophische Fakultät in Berlin ihn zum Nachfolger des nach Amerika übergesiedelten Dr. Hermann Burmeister aussah, daß Preussische Kultusministerium aber dem allzu reformierend aufstretenden Forscher kein Verständnis entgegenbrachte und statt seiner einen Mann von allem Jopse berief. 1869 folgte Leudard einem ehrenvollen Rufe nach Leipzig, um hier dauernd zu wirken, bekleidete auch 1877 die Würde des Rector magnificus. Bis ins hohe Alter setzte er seine wissenschaftliche und Lehrtätigkeit fort, wurde zuletzt noch durch den Tod von zweien seiner Kinder hart betroffen und starb am 6. Februar 1898 in Leipzig. R. Sch.

Seehausenerlehr und Weltkrisis. Der Verlust in den großen Seehäfen ist ein wichtiges Zeichen für den Stand der Weltkrisis, in der wir uns befinden. Deshalb sind die Verkehrsstatistiken der drei größten Häfen des europäischen Kontinents in den ersten sieben Monaten 1922, die in „Welt, Rederei, Hafen“ mitgeteilt werden, von Wichtigkeit. Nur in Hamburg übertraf die Zahl der eingelaufenen Schiffe die entsprechende von 1921. Es legten nämlich in Hamburger Hafen in dieser Zeitpanne 6069 Schiffe mit 7 268 255 Tonnen an, und dies sind 1603 Schiffe mit einem Tonnengehalt von 2 509 438 mehr als im Vorjahr. In Antwerpen und Rotterdam dagegen ging die Zahl der Schiffe zurück; doch erfährt die Tonnage trotzdem eine Vermehrung. Es landeten in Antwerpen in den ersten sieben Monaten 1922 4616 Schiffe, in Rotterdam 4770. Aus der Zunahme der Tonnage ergibt sich, daß jetzt wieder größere Schiffe einheiten zur Verwendung kommen. Die starke Vermehrung des Hamburger Verkehrs ist auf die Verschärfung unserer Saluta zurückzuführen, da von dort der Abtransport in Markwährung erfolgt. Im allgemeinen läßt sich aus dieser Statistik jedenfalls auf keine Abnahme der Weltkrisis schließen.

Erstaufführungen der Woche. Wittiv.: Komödienhaus: „Genue im Nord“. Freit.: Deutsches Theater: „Der Hund der Jugend“. Refling-Theater: „Bater und Sohn“. Sonnt.: Große Volkoper, „Sibilla“.

Kranio-Vorträge. Toubenstraße: Sonnt. „Der Jahre unter den Kranialen des amerikanischen Raumes von Neumann“. Donn. Diebst. „Der Einsteinsim“. Wittiv. „Reise von Athen nach Kreta“. Donn. „Kul unbetretenen Wegen Deutsch-Kongaluna“. Freit. Sonnt. „Der Weg vor 100 000 Jahren“. — Invalidenklub: Sonnt. „Bierwälderkerle und Gotthard“. Donn. „Von Genue nach Florenz“. Wittiv. „Frühling am Refar“. Donn. „Geben und Bergeben“. Sonnt. „Das lässliche Paradies“.

Die Tonleiterhymne. Ein Schüler der Moskauer Philharmonie, Gerdawisch, hat eine Soubrettehymne komponiert, deren Text von Gerdawisch stammt. Die neue Hymne wird neben der Internationalen jetzt viel gesungen. Verdomisch erhält von der Regierung 10 Millionen Sowjetrubel 20 Wjagin Angustoff und ein Klavier.

Der Meister des Streichelbrunnens.

Von John Schikowski.

Heute mittag wurde in der Akademie der Künste am Pariser Platz 4 eine Gedächtnisausstellung für August Gaul, den großen Berliner Tierplastiker, eröffnet. Nicht die Akademie selber, sondern die Kunsthandlung Cassirer hat die Auswahl und die Anordnung besorgt. In fünf Räumen gibt sie eine erschöpfende Uebersicht über das Schaffen des früh Verstorbenen, und das Arrangement, in dem sie die Werke zeigt, ist geschickter und geschmackvoller, als wir es sonst bei Akademieausstellungen gemohnt sind. Jede Einzelheit kommt zur Geltung, und jeder Raum bildet ein sein abgewogenes Ensemble.

Gaul war einer der wert- und wirkungsvollsten Führer und Erzähler auf dem Wege zum plastischen Empfinden. Er war vielleicht der populärste Bildhauer unserer Zeit, und er hat namentlich in Berlin Tausenden den Sinn erschlossen für die Schönheit und Ausdrucksfülle der reinen Form. Seine Löwen auf dem sogenannten Nationaldenkmal vor seinem Schlossportal, seinen kleinen Bären in der Vorkasse des Reichheim-Baues am Leipziger Platz und vor allem seinen Entenbrunnen in der Hardenbergstraße in Charlottenburg kennt und liebt jeder Berliner, und es ist bezeichnend, daß der Entenbrunnen im Volkstumde den Namen „Streichelbrunnen“ führt. Denn er spricht unwillkürlich zum Taktus des Beschauers und lockt die Kinder, ihre Finger über das bronzene Gefieder der Tiere gleiten zu lassen.

Die Plastik wendet sich nicht nur, wie die Malerei, an den Gesichtssinn, sondern auch an den Taktus. Dadurch unterscheidet sie sich von den anderen bildenden Künsten. Wenn wir vor einem vollkommenen Werk der Bildhauerkunst stehen, dann muß nicht nur das Auge befriedigt sein, sondern es muß uns in den Fingerspitzen zucken, wir müssen das Bedürfnis empfinden, die Hand fühlend über die Formen des Bildwerks zu führen. Wer plastisch empfinden will, der das eigentlich künstlerische an einem plastischen Werk genießen, der muß dieses Bedürfnis leben. Es lebt, glaube ich, in den meisten Menschen auch unserer Zeit, aber es kommt nur wenigen zum Bewußtsein. Es muß erst geweckt werden, ebenso wie das eigentlich malerische Empfinden, der Sinn für Linie und Farbe, erst geweckt werden muß.

Ein solcher Erwecker war August Gaul, und deshalb kann der Streichelbrunnen als ein Symbol für sein gesamtes Schaffen gelten. Er war keine beschäufende Künstlerarbeit. Er hat nicht, wie etwa Renes Sinteris, das Rüstliche in der Tierwelt erkannt und gestaltet. Seiner Arbeit haftet äußerlich stets etwas im höchsten Sinne Kunstgewerbliches an. Die Freude am Material und an der handwerklichen Technik spricht aus allen seinen Schöpfungen. Er sah das Tier in seinen charakteristischen Formen, Bewegungen und Lebensäußerungen, und er galt deshalb in der Zeit, wo die Naturnachahmung für das letzte Ziel der Kunst angesehen wurde, als Naturalist. Heute erkennen wir, daß er mehr war. Die Tendenz zum strengen Stil, zur Monumentalität lebte in ihm. Der Ausdruck der reinen plastischen Form war ihm ebenso wichtig wie die treue Wiedergabe kennzeichnender äußerlichkeiten. Seine Tiere haben das

Leben des Augenblicks, aber sie tragen darüber hinaus den Zug des Ewigen. Ein inliner Stimmungsbau umschwebt sie und zugleich sind sie Symbole höherer, allgemeinerer Empfindungen und Gefühle. Nicht sonderlich tief, aber rein und klar ist alles, was er gestaltet. Diese Reinheit und Klarheit in Verbindung mit dem sinnlichen Reiz seiner Materialbehandlung hat Gaul zum volkstümlichen Plastiker gemacht.

Die große Masse unserer Zeitgenossen pflegt in Museen und Kunstausstellungen die Bildhauerarbeiten kaum eines Blickes zu würdigen. Die marmornen, gipsenen und bronzernen Figuren haben keinen stofflichen Reiz, sie erzählen nichts und sprechen nicht zum Verstande. Sie wollen allein mit dem Gefühl, womöglich mit einem ästhetisch kultivierten Gefühl aufgenommen werden. Dieses Gefühl mangelt jedoch der Mehrzahl auch des für Kunst interessierten Publikums. Wo man aber vor ein Werk von Gaul tritt, da wird man gefesselt, und ohne daß der Laie sich Rechenschaft über die Ursache geben kann, erwacht sein Interesse und Wohlgefallen. Es ist nicht nur die stoffliche Naturtreue und die stets originale Auffassung, die diese Wirkung auslöst, es ist zugleich das rein künstlerische, plastische Empfinden, das im Beschauer lebendig wird. Die Wirkung, die der Streichelbrunnen auf die Berliner Kinder übt, über alle Arbeiten Gauls in höherem oder geringerem Grade. Vom Taktgefühl, zu dem sie zunächst sprechen, von dem Bedürfnis, die glatte Haut des Bären, das wollige Fell der Schafe, dem weichen Fell des Bären mit lieblosendem Finger zu berühren, geht die Wirkung weiter zum einfühlenden Genießen konkreter, auf- und abschwellender Flächen, kraftvoller Rundungen, mächtiger, schwer lastender Massen. Man vergißt, daß es nur ein riesiger Affe ist, der, aus porzellanem Stein gehauen, vor uns steht. Man hat das Gefühl überwältigender Monumentalität, das Gefühl, das vor einer ägyptischen Statue unsere Seele paßt und erschüttert. Und wer sich selber in die Werke verfenkt, dem dämmert meistens die Erkenntnis, daß alle diese Flächen, Rundungen und Massen nicht nur Abbilder natürlicher Formen sind, sondern daß sie von einem inneren Gesetz beherrscht werden, welches sie aneinander fügt und zu einem höheren Organismus verknüpft: das Gefühl für rhythmische Gestaltung, für die Grundlage und das eigentliche Wesen allen Kunstschaffens, läßt an zu dämmern.

Man besuche die schöne Ausstellung in der Akademie, man vertiefe sich in die Werke, die einen zunächst locken, man suche ihnen ihr innerstes Geheimnis zu entzwingen, und man wird reichen Genuss finden und bleibenden Gewinn davontragen!

Rudolf Leuckart. Heute ist der 100. Geburtstag des verdienstvollen deutschen Forschers, Rudolf Leuckart. Geboren in Heimsfeld am 7. Oktober 1822, beendete er schon als Schüler großen Eifer für Naturwissenschaften und legte eine wertvolle Käserammlung an, studierte dann in Göttingen dies Fach sowie Medizin und wurde von dem gelehrten Physiologen Rudolf Wagner besonders hoch geschätzt, durfte auch zeitweise dessen Vorlesungen und Schriften forschen. Bei Lösung einer Preisaufgabe errang er den Doktorgrad und wirkte als Privatdozent in Göttingen, als Professor in Gießen. Seine Vorlesungen waren immer sehr besucht, zumal er mit der gründlichsten wissenschaftlichen Leistung eine lebendige Darstellung

Ein Arbeiter-Friedenskongress.

Der Internationale Gewerkschaftsbund, dem 24 Landeszentralen mit einer Gesamtmitgliedszahl von 20 Millionen Arbeitern angehören, wird vom 10.—15. Dezember im großen Saal des Tiergartens (Dierentuin) in Haag, Holland, einen Weltfriedenskongress veranstalten.

Er hat beschlossen, diesem Kongress den Charakter einer weltumfassenden Demonstration für den Frieden zu geben.

Um sämtliche Kräfte für eine wirksame Friedensaktion zu konzentrieren, hat der Internationale Gewerkschaftsbund beschlossen, außer den angeschlossenen Gewerkschaften auch die Zweite Sozialistische Internationale (London), die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (Wien), den Internationalen Genossenschaftsbund, die Russische Gewerkschaftszentrale und alle für den Frieden wirkenden Organisationen einzuladen, welche die vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Rom im April 1922 angenommene Resolution gegen Krieg und Militarismus aufheben.

Das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Bondelstraat 61, Amsterdam, ist gerne bereit, alle die Teilnahme am Kongress betreffenden Auskünfte zu erteilen.

Gewerkschaftsfragen und ADGB.

Im Anschluß an den Bericht des Bundesvorstandes in der letzten Sitzung des Bundesauschusses konnte der Vorsitzende beipart feststellen, daß gegen die Stellung des Bundesvorstandes zum Sinnes-Abkommen keine Einwendungen erhoben wurden. Bedenke das Internationale Arbeitsamt es wiederum ab, die deutsche Sprache mit als Amtssprache einzuführen, dann werde dadurch das Interesse des ADGB, an den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes stark herabgemindert.

Die Verbände mit Beamtenschaft haben sich verständigt, unter gewissen Voraussetzungen, die an ein vertragsgemäßes Zusammenarbeiten zu knüpfen seien, sich dem neuen Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsverband mit ihren Beamtenschaftsmitgliedern anzuschließen. Die Verbände würden dann mit diesem Teil ihrer Mitglieder aus dem ADGB auscheiden. Die Gewerkschaftliche Beamtenschaft würde damit überflüssig. Der Ausschuss ermächtigte den Bundesvorstand, die Aufhebung der Gewerkschaftlichen Beamtenschaftszentrale auszusprechen. Wenn die von beteiligten Verbänden zu stellenden Bedingungen für den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsverband erfüllt sind, so soll der Bundesvorstand ebenfalls ermächtigt sein, mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsbund in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen Freien Angestelltenverband einen Organisationsvertrag abzuschließen, der alle drei Spitzenorganisationen umfaßt.

In der Frage des Brotpreises stellte sich eine große Mehrheit des Bundesauschusses auf den Standpunkt, daß es nicht zu empfehlen sei, daß das Reich wieder Zuschüsse leistet, um den Brotpreis niedriger zu halten. Es sei von den Arbeitgebern zu fordern, daß sie die Lohnherabsetzungen tragen, die erforderlich sind, um den vollen Preis des Brotes zahlen zu können, um so mehr, da die organisierten Arbeiter des Auslandes es ebenfalls nicht billigen, daß es den deutschen Unternehmern durch die Zuschußwirtschaft ermöglicht werde, die Löhne niedriger zu halten als bei eigentlich sein müßten.

Ein Antrag des Bundesvorstandes auf Erhöhung des Bundesbeitrags führte zu dem Beschluß, den Beitrag für jedes Gewerkschaftsmitglied auf vierjährlich 2 M. zu erhöhen. Um weitere Mittel für das Haus des ADGB zu beschaffen, wurde beschlossen, von den Verbänden einen Beitrag von 3 M. für jedes Mitglied zu erheben. Ferner sollen noch Darlehensschneide ausgeben werden, die von denjenigen Gewerkschaften übernommen werden können, die Gelder dazu zur Verfügung haben und die zu verzinsen sind. Vom 10. bis 15. Dezember togt im Haag der

Internationale Weltfriedenskongress.

Der letzte Gewerkschaftskongress hat beschlossen, daß dieser Kongress zu beschiden sei. Der Ausschuss empfiehlt den Verbänden, diesen Kongress möglichst zahlreich zu beschiden.

Zu einer ausgedehnten Aussprache kam es bei der endgültigen Beschlußfassung über die Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben, die der Gewerkschaftskongress dem Bundesauschuss übertragen hatte. Ganz besonders wurde die Stellung zur Technischen Nothilfe erörtert. Die dem Kongress vorgelegte Fassung erhielt im zweiten Abschnitt § 11 eine kleine Ergänzung und wurde in dieser Form gegen sieben Stimmen angenommen.

Zu einer lauten Aussprache kam es bei dem Tagesordnungspunkt: Ausführung der Kongressbeschlüsse über die Organisationsfrage.

Es wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die Vorschläge zur Zusammenfassung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden machen soll. Die Kommission legt sich aus je einem Vertreter von 16 Verbänden zusammen. Außerdem soll ein Vertreter des Bundesvorstandes der Kommission angehören und dem ADGB-Bund es freigestellt werden, eine Vertretung zu entsenden.

Als Ergebnis der Aussprache über diesen Punkt konnte beipart feststellen, daß der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses den Vorstand und Ausschuss beauftragt, eine Vorlage über einen organisationalen Aufbau der Industrieverbände auszuarbeiten, daß diese Vorlage den beteiligten Verbänden zur Beratung zu unterbreiten ist und daß, wenn die Beratung unter den Verbänden über diese Vorlage nicht zu einer Verständigung führt, alsdann darüber auf dem nächsten Kongress Bericht zu erstatten ist, daß also frühestens der nächste Kongress eine endgültige Entscheidung herbeiführen kann, die dann als Kongressbeschlüsse für die Gesamtheit der dem Bunde angeschlossenen Verbände gelten würde. Bis zu einer Klärung gelten selbstverständlich die jetzigen Bundesbeschlüsse. Bis zum nächsten Kongress, der natürlich die Sitzung abändern kann, stellen die jetzigen Satzungen das geltende Gewerkschaftsrecht dar, das selbstverständlich von jedem angeschlossenen Verbände zu respektieren ist.

Damit soll nicht gesagt sein, daß inswischen die Entwicklung überhaupt nicht fortgeschritten dürfte. Sie soll nicht zwangswise aufgehoben werden. Freiwillige Verschmelzungen von Verbänden miteinander sind wünschenswert. In den Satzungen steht ausdrücklich: Der Bund steht auf dem Standpunkt, daß die gewerkschaftliche Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenflusses zu großen leistungsfähigen Verbänden vollziehen muß — nicht nur vollziehen kann — und der Bund will die Zusammenschließung der Gewerkschaften unterstützen. Freiwillige Verschmelzungen können, auch ehe der Kongress endgültig beschließt, durchaus vorgenommen werden. Im übrigen gilt auch die Vorschrift der Bundesbeschlüsse, daß jede Gewerkschaft Aufnahmeangebote, für die sie nicht zuständig ist, an die zuständige Gewerkschaft zu verweisen hat.

Zum 8. Punkt der Tagesordnung: „Verschiedenes“ lag eine Beschlüsse des Sachverständigenrates vor, weil er durch einen Buchdruckerstreik in Frankfurt a. M. geschädigt und in seiner Tätigkeit gehindert worden sei. Nach kurzer Aussprache kam der Bundesauschuss zu folgender Stellungnahme:

„Der Kampf der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Lage darf nicht die Arbeiterbewegung selbst gefährden, wie es geschieht, wenn trotz Bewilligung der Forderungen die Herstellung der Arbeitsbedingungen und der gewerkschaftlichen Drucksachen, die Herstellung dringender Bewarbeln oder Reparaturen in Gewerkschaftshäusern usw. verweigert wird. Eine derartige Streikaktion nicht den Streikenden nichts, sie schädigt aber die Bewegung im ganzen und sollte deshalb künftighin unbedingt vermieden werden.“

Die Kinosteuer.

Der erbitterte Kampf, den die Kinobesitzer mit launigen und mit untauglichen Mitteln gegen den früheren Stufensteuertarif der Vergütungssteuerordnung in den letzten Wochen geführt haben, ist durch den gestern gefassten Beschluß des Steuerausshusses zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Ob auch zu einem endgültigen, hängt nun von den Kinobesitzern ab. Der Steuerausshuss hat sich die Sache wahrlich nicht leicht gemacht. In endlosen Verhandlungen hat er die Lage des Gewerbes und die finanziellen Notwendigkeiten der Stadt geprüft und danach seine Entscheidung gefällt. Sie trägt in den Sägen des neuen Tarifs der bereits eingetretenen und der noch zu erwartenden Verteuerung im Filmgewerbe weitgehend Rechnung. Dem Wunsch der Kinobesitzer nach einer gleichmäßigen Besteuerung billiger und teurer Kinos, billiger und teurer Plätze hat sich die Mehrheit des Ausschusses freilich nicht anschließen können. Die technischen Schwierigkeiten eines Stufensteuertarifs mit festen Sägen sind bekannt, in Zeiten wachsender Geldentwertung erfordert ein solcher Tarif häufige Revisionen. Aber die Mehrheit des Ausschusses war der Ansicht, daß man gerade in solchen Zeiten, die schon an und für sich unsozial wirken, nicht um technischer Schwierigkeiten willen alle sozialen Momente in einer Steuerordnung beseitigen dürfe. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Entscheidung getroffen.

Es werden besteuert die Eintrittskarten für Plätze zwischen 30 und 100 M. mit 33 1/2 Proz., bis 200 M. mit 33 Proz., über 200 M. mit 50 Proz. Die Säge erscheinen in der Steuerordnung als Nettosätze, der Ausschuss ist aber dem Wunsch der Kinobesitzer entgegengekommen und hat beschlossen, die Säge in der Praxis in der Form der Bruttosteuer zur Erhebung zu bringen. Eine entsprechende Tabelle wird den Steuerpflichtigen zugehen. Die Steuer geht für die wirtschaftlich schwächsten Lichttheater und für die überwiegende Mehrzahl aller Plätze nur ganz unerheblich über den von den Interessenten selbst für tragbar gehaltenen Satz von 22 1/2 Proz. hinaus, denn sie beträgt auf den Bruttobetrag umgerechnet für alle Plätze bis zu 100 M. nur 25 Proz.

Es darf daher erwartet werden, daß die Kinobesitzer in Erkenntnis der Tatsache, daß die Stadt in ihrer finanziellen Notlage nicht an einen Abbau von Steuern denken kann, sich mit dem endgültigen Beschluß des Steuerausshusses einverstanden erklären werden. Ein weiterer Kampf würde ihre Position ganz erheblich verschlechtern, ohne nach Lage der Sache auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg zu haben.

Berliner Hoteliers gegen Ausländerbesteuerung.

Der Verein Berliner Hotelbesitzer hat in einer Freitagabend abgehaltenen Vorstandssitzung zu der vom Magistrat der Stadt Berlin beschlossenen Ertragsbesteuerung der Ausländer Stellung genommen und ist hierbei einstimmig zu folgendem Ergebnis gelangt: Die Besteuerung der Ausländer ist Sache des Reiches und der Städte. Die Hotelbesitzer lehnen es ab, ihre Beiträge mit der Einziehung derartiger Sondersteuern weiter zu belasten. Stadt und Kommune sind die maßgebenden Instanzen, denjenigen Ausländerverkehr, der dem Ausverkauf Deutschlands dient, anderweitig steuerlich zu erfassen. Der legitime Ausländerverkehr, der in den nun einmal dem Fremdenverkehr dienenden Hotels sich abspielt, darf nicht weiter steuerlich belastet werden. — Es ist sehr omfand, die Berliner Hotelbesitzer zwischen einem legitimen Ausländerverkehr und jenem unehrlichen zu sehen, „der dem Ausverkauf Deutschlands dient“. Wenn die Herren Hoteliers wirklich zu dieser Unterscheidung fähig sind, dann darf man wohl von ihnen erwarten, daß sie denjenigen „Ausländerverkehr, der dem Ausverkauf Deutschlands dient“, von den Werten ihrer Hotels fernhalten. Denn es wird der Öffentlichkeit diesen Erklärungen gegenüber nicht uninteressant sein zu wissen, daß jeden von 20 000, 30 000, 40 000 und mehr Mark, von Ausländern an einem einzigen Abend in Berliner Hotels gemacht, keine Seltenheiten sind. Alle Berliner Familien, die gewinnend sind, von solchen Summen 1 bis 3 Monate zu leben, werden damit einverstanden sein, daß die, die sie ausgeben können, auch zur Sonderbesteuerung herangezogen werden.

Volle Aufklärung des Franenmordes.

Der Frauenmord in der Wilmannsstraße ist jetzt von der Kriminalpolizei vollständig aufgeklärt. Die beiden Täter Sibille und Bierbach haben ein volles Geständnis abgelegt mit der Einschränkung, daß sie nach wie vor die Mordabsicht leugnen und nur zugeben, den Plan gehabt zu haben, die Frau Witt zu berauben. Geraubt haben sie außer den Kleidungs- und Wertsachen der Ermordeten 650 M. bares Geld und ein silbernes Ketten, das bei Bierbach auch noch gefunden wurde. Noch gefährlicher war der junge Kirchenbrecher und Räuber. Noch gefährlicher war der junge Bierbach. Auch er ist ein schwerer Junge. Er war bereits an einer ganzen Reihe von schweren Einbrüchen beteiligt. Seine Spezialität war, betrunkenen Leuten seine „Hilfe“ anzubieten. Wurde sie angenommen, so machte er sich stets selbst bezahlt, indem er seinen Schützlingen zu guter Letzt die Brieftasche, die Uhr und ihre sonstigen Wertsachen raubte.

Unberechtigte Kirchensteuerforderungen.

Immer wieder kommt es vor, daß Dissidenten, die ihren Austritt aus der Landeskirche in vorgeschriebener Form beim Amtsgericht erklärt haben und nach Ablauf der gesetzlich festgesetzten Frist nicht mehr Kirchensteuerpflichtig sind, mit einer Kirchensteuerforderung befristet werden. Lehnt der nicht Steuerpflichtige die Zahlung kurz ab und erhebt nicht rechtzeitig formellen Einspruch, so hat er Zwangsmassregeln zu gewärtigen, und tatsächlich ist auch das schon da gewesen, daß eine zu Unrecht geforderte Kirchensteuer durch Zwangsanhaltung eingetrieben wurde. Es wirkt wie eine ganz besondere „Empfehlung“ der Kirche, wenn der mit der Steuerpflicht beauftragte Vollziehungsbeamte von dem vermeintlichen Kirchensteuerschuldner durch die üblichen Zettel die Zahlung innerhalb drei Tagen fordert und für Nichtzahlung androht, daß man die Wohnung gewaltsam öffnen werde. Einige Fälle solcher Zwangsanhaltung nichtkirchensteuerpflichtiger Personen sind uns in letzter Zeit wieder mitgeteilt worden, wie möchten aber hier nicht den Kommentar wiedergeben, den die so noch von der Kirche heimgejudichten Dissidenten davon knüpfen. Im „Vorwärts“ ist oft ausgeführt worden, daß jede Religionsgesellschaft selbstverständlich die Pflicht hat, sich hinreichend zu vergewissern, wer noch ihr Mitglied ist und wer nicht. Jetzt soll die Durchführung über ihre Mitglieder dadurch erleichtert werden, daß bei den diesjährigen Personenstands-aufnahmen für die Einkommensteuererklärung zum ersten Male die an die Haushaltungen verteilten Fragebogen auch um Auskunft darüber ersuchen, wann man ausgetreten ist und bei welchem Amtsgericht man die Erklärung abgegeben hat. Eine Anmerkung hebt hervor, daß durch die Beantragung unrichtiger Kirchensteuerforderungen verübt werden können.

Franzosen, die Teurer Spatz verkaufen.

Im Bund „Saar-Berein“, Ortsgruppe Berlin, der sich zur Aufgabe gemacht hat, dem Saargebiet in Berlin eine Pflegestätte zu bereiten, sprach im Vereinshaus Deutscher Ingenieure vor Anhängern und Mitgliedern des Vereins der Redakteur der sozialdemokratischen „Volksstimme“ in Saarbrücken, Genosse Bernhard Kausch, der auf Anweisung der französischen Regierungskommission zusammen mit dem Genossen Kurt Lehmann das Saargebiet innerhalb 24 Stunden verlassen mußte, und geistete in

schärferen Worten die französische Gewaltpolitik im Saargebiet. Die wenigen Rechte, die der Verfallener Vertrag dem Saargebiet zugesetzt, werden einfach vergewaltigt. Und das alles im Namen des Völkerverbundes. Zwar treten auch dort Männer wie Branting, Lord Cecil und Ranzen für uns ein, aber sie vermögen sich nicht durchzusetzen. Rechner streifte dann kurz seine Ausweisung, die auf Grund eines späßhaften humoristischen Lokalaristiks erfolgte, und führte weiter aus, daß diese Gewaltpolitik alle Parteien — von den Kommunisten bis zu den Hausbesitzern — zur gemeinsamen Abwehr jener Politik zusammengebracht hat. Leider gibt es auch in verschiedenen deutschen Kreisen der dortigen Bevölkerung Leute, die bemüht sind, die französische Politik zu unterstützen. Bestechungen sind an der Tagesordnung. Die Frankenspolitik der Regierungskommission findet immer mehr festen Boden, und so können wir eine Spaltung der Bevölkerung auf Grund der Frankenspolitik verzeichnen. Hier Marxempfinger und da Frankensempfinger! Das Ziel, das sich die Regierungskommission gesetzt hatte, hat sie erreicht. Unser Bestreben geht jetzt dahin, endlich eine einheitliche Währung im Saargebiet zu schaffen. Mit dem bekannten Goethewort: „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten“, schloß der Redner seine lehrreichen und überzeugenden Ausführungen, die von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurden.

Um die Stadtdruckerei.

Die bürgerliche Presse in Katastrophenstimmung.

Der Antrag unserer Genossen im Rathaus, durch die Einrichtung einer eigenen städtischen Druckerei Ersparnisse für die Finanzen der Stadt Berlin zu erzielen, hat die ganze bürgerliche Presse in eine geradezu komische Aufregung versetzt. Wir berichten schon, daß dieser Antrag aus den Beratungen eines städtischen Unterausschusses entstanden war. Dabei war von keiner Seite gegen den Vorschlag Widerspruch erhoben worden. Es wurde zugestimmt, daß man einen solchen Vorschlag konkret auf seine Durchführbarkeit prüfen und, wenn sich die Sache als rentabel erweisen sollte, ihn auch durchführen müsse. Hinter der Aufregung der bürgerlichen Herrschaften steckt natürlich nur ihre rein doktrinaire Ablehnung jeder städtischen Wirtschaft überhaupt. Tatsache ist, daß eine Reihe von Bezirken über Druckereien verfügen, mit denen sie die besten Erfahrungen gemacht haben. So läßt z. B. Schöneberg seine Druckereien in eigener Regie herstellen. Bei der Staatsberatung mit der Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung wurde von dem — beinahe ganz sozialistischem — Bezirksamt mitgeteilt, daß die städtische Druckerei sich ausgezeichnet rentiere. Sie wirt einen Ueberschuss ab, trotzdem sie bedeutend niedrigere Preise nimmt als die Privatdruckereien. So nahm die Schöneberger Druckerei im Jahre 1918 nur einen Aufschlag von 15 Proz. gegen 170 Proz. der Privatdruckereien. Im Jahre 1919 stellte sich das Verhältnis auf 70 Proz. zu 260 Proz., 1920 auf 400 Proz. zu 1000 Proz., im Jahre 1921 auf 650 Proz. zu 1800 Proz., im Jahre 1922 im 2. Quartal auf 1000 Prozent zu 7000 Proz., im 3. Quartal auf 2500 Proz. zu 10 300 Proz. Trotz dieser unanständig niedrigen Zuschläge, die stellenweise beinahe nur ein Drittel der Zuschläge der Privatindustrie betragen, warf die Schöneberger Druckerei im Jahresjahr 1920 rund 165 000 M. ab, im Jahre 1921 rund 100 000 M. Ueberschuss ab. Bei dieser Berechnung sind im Etat der Druckerei, entgegen den Behauptungen, die die bürgerliche Presse verbreitet, alle Ausgaben für Licht, Beheizung, Miete usw. in voller Höhe berechnet worden. Die Maschinen wie das Inventar sind bis auf eine lächerlich geringe Summe voll abgeschrieben, so daß auch in dieser Beziehung der städtische Betrieb jeden Veranschlagung aushalten kann.

Der Antrag unserer Genossen wird die Möglichkeit geben, auf Grund dieser Erfahrungen und unter vorläufigem Ausbau die eigene Werke der Stadt weiter auszugestatten und dadurch die städtischen Finanzen wirksam zu entlasten. Die Ausgaben, die die Stadt für Druckereien zu leisten hat, gehen ja beinahe ausschließlich in die Hunderte von Millionen.

In der Aufklärung des großen Postraubes erfahren wir, daß sich bei der Kriminalpolizei bereits viele Leute gemeldet haben, die über das Treiben der 17köpfigen Verbrecherbande und den Verbleib von Werksachen Auskunft geben konnten. Weitere Mitteilungen werden im Zimmer 60 des Volksempfängerhauses entgegengenommen. Der Haupttäter ist nicht, wie irtümlich infolge Verwechslung der beiden Namen mitgeteilt wurde, Paul Suder, sondern Hugo Suder. Unter den verhafteten Frauen befindet sich auch nicht die Frau des Paul, sondern die des Hugo Suder. Die Frau Paul Suder ist nicht beteiligt und auch sonst unbekannt.

Bibliothek der Arbeiterbildungsschule. Wegen des Umzuges der Bibliothek wird gebeten, alle noch ausgeliehenen Bücher sofort in das Bureau, Breite Str. 8/9, geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, zurückzugeben. — Zu der Vorstellung im Großen Schauspielhaus „Der Widerspenstigen Zähmung“ sind Karten im Bureau der Arbeiterbildungsschule, Breite Str. 8/9, zu haben.

Ein armer Arbeitsschicksal verlor auf dem Wege von der Vernauer Straße bis Alexanderplatz seine rotbraune Billetpolizei mit 1277 M. Der Finder wird gebeten, dieselbe abzugeben bei Richter, Raumstr. 23, 3 Treppen.

Wetter für morgen.

Wolkig und ungemütlich. Trocken und kühler, aber mit vorübergehender Bitterkeit, nachts wieder sehr kühl, in den Mittagsstunden ziemlich mild bei mäßigen nordöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

1. Kreis Wedding, Bildungskommission: Sitzung Sonntag, den 8. Oktober, vorm. 9 1/2 Uhr, bei Schabe, Köpenicker Str. 9. Jede Abteilung muß vertreten sein.
2. Abt. Breite Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Reich, Breite Str. 12.
3. Abt. Lichtenberg, Sonntag, den 8. vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal Albrecht, Kreuzbühlstr. 10, bei Verhagen Str. Sitzung der Parteifunktionäre mit den Funktionären der früheren UEPD. Erfahrungsbericht notwendig.

Frühere UEPD.

12. Verwaltungsbüro, Niederschöneweide, Sonnabend, den 7. Okt. 7 1/2 Uhr, im Ortsanglois des Realgymnasiums, Buchholzer Straße, Wollschneidergasse. Thema: Bericht über den Parteitag in Bern. Mitgliederbuch legitimieren.

Sport.

Die gestrigen Pokalkämpfe im Sportplatz zeigten dem riesigen Wagner als Ersatz für den erkrankten Spalla den Holländer Haus gegenüber. Es war ein zu ungleicher Kampf. Abwas kam nicht über die zweite Runde hinaus, so daß schließlich nichts anderes übrig blieb, als den Kampf wegen allzu großer Ueberlegenheit des Duisburger abbrechen. Ein undisziplinierter Teil des Publikums, der sich durch den raschen Abschluß enttäuscht fühlte, verlangte eine Herausforderung Breitensträter, der auch auf dem Ring erschien und erklärte, eine Herausforderung erwarten zu wollen. Im Ausschließungskampf um die Halbschwergewichtsmesserschaft Bruno Schmidt II gegen Arndt siegt Arndt, nachdem Schmidt in der 8. Runde als aussichtslos aufgegeben hatte. Einen guten Kampf lieferten Volkmer — Will, wobei Will bemerkenswerte Qualitäten zeigte. Volkmer aber der Sieg nach Punktwertung zugesprochen wurde. Einen technisch recht guten Kampf zeigte der Deutsch-Amerikaner Samson, der den Bayern Podjahn in der zweiten Runde schlug.

Gewerkschaftsbewegung

Ein getragenes Stück.

Vor uns liegt ein Bericht aus Köln, wonach der Schlichtungsausschuss durch Schiedsprüche die Löhne und Gehälter in der Kölner Metall- und Zwischenindustrie für die Zeit vom 23. September bis 7. Oktober festsetzte, und beide Parteien die Schiedsprüche angenommen haben. Damit wäre diese Nachricht erledigt. Sie ist jedoch durch folgenden charakteristischen Zusatz bemerkenswert:

„Die Annahme des Schiedspruches erfolgte in der Arbeitgeber-Versammlung nur mit knapper Stimmenmehrheit und in der Erwartung, daß die Arbeitnehmerhaft sich der Folgen, die sich für die Industrie aus der überstarken Belastung mit Ausgaben für Löhne und Gehälter erheben, voll bewußt und befreit ist, die für die Lebenshaltung erforderlichen Mittel durch äußerste Einschränkung des Verbrauches und Steigerung der Produktion bei längerer Arbeitszeit zu gewinnen.“

Es läßt sich selber nicht feststellen, ob dieser Zusatz auf einem Beschlusse der Arbeitgeberversammlung beruht, was wahrscheinlich ist, oder aber ob er der Befähigungsfähigkeit des Berichterstatters in Verbindung mit Zeitengunst zu danken ist.

Angesichts des Laumens der Warenpreissteigerungen, der längst zu äußerster Einschränkung der Lebenshaltung zwingt, dürfte man denn doch die Arbeitnehmerhaft nicht durch derart unnütze Bemerkungen verhöhnen und provozieren. Die Unternehmer müssen schon einmal ernstlich versuchen, die Produktion zu steigern, ohne Verlängerung der Arbeitszeit, die bei äußerster Einschränkung des Verbrauches an Lebensmitteln noch weniger distastabel ist, als es ohnehin der Fall ist. Wenn dieselben Arbeiter, von denen man längere Arbeitszeit fordert, aus Mangel an Arbeit arbeitslos werden, dann brauchen die Unternehmer ihren Verbrauch noch lange nicht allzu sehr einzuschränken.

Lohnverhandlungen des Holzarbeiterverbandes.

Die Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes (Verwaltungsstelle Berlin) haben mit den Arbeitgebern über eine Erhöhung der bestehenden Löhne für Oktober verhandelt. Wie von Böse in einer Funktionsversammlung am Freitagabend in Altiems Festhalten berichtet wurde, ist keine Einigung erreicht worden. Nach langen Auseinandersetzungen boten die Arbeitgeber schließlich eine Erhöhung der Septemberlöhne für die Zeit vom 1. bis 14. Oktober um 20 Proz. und vom 15. bis 31. Oktober um weitere 10 Proz., während von den Arbeitnehmern für die Zeit vom 2. bis 13. Oktober 35 Proz. und vom 14. bis 20. Oktober weitere 15 Proz. auf die Septemberlöhne gefordert wurden. Die Arbeitgeber haben jedoch erklärt, nochmals unter sich zu der Forderung Stellung nehmen und ihren Beschluß mitteilen zu wollen. — Böse erklärte am Schlusse seiner Ausführungen, daß alles getan werden solle, um eine Verständigung herbeizuführen. Er empfahl namens der Ortsverwaltung die Annahme folgender Entschliessung:

„Die am 6. Oktober in Altiems Festhalten tagende Versammlung der Vertrauensmänner und Betriebsräte aller dem Reichsverband unterstehenden Betriebe des Deutschen Holzarbeiterverbandes beschließt, das Angebot der Arbeitgeber abzulehnen. Die Ortsverwaltung wird beauftragt, nochmalige Verhandlungen zwecks weiterer Lohnzulagen einzuleiten. Die Verwaltung erhält zur Ergreifung weiterer Maßnahmen Vollmacht und hat etwaige Mitteilungen sofort an die Presse zu geben.“

Neues Lohnabkommen im Gastwirtsgewerbe.

Hier stark besuchte Versammlungen der gastwirtschaftlichen Angestellten, die am Mittwoch dieser Woche tagten, beschäftigten sich mit dem Angebot der Arbeitgeber für Oktober. Nach ergiebiger Aussprache wurde dem Lohnabkommen zugestimmt.

Danach gelten in den wichtigsten Positionen folgende Löhne für Oktober: Kommiss der Keller 3000 M. pro Woche, männliches Hilfspersonal zwischen 2100 und 2350 M., weibliches Hilfspersonal 1650 bis 1850 M., Wäger und Schankmeister 3300 bzw. 3500 M. Die Löhne des Küchenpersonals betragen bei freier Kost für Köche: 2750 bis 3200 M. pro Woche, für weibliches Küchenpersonal 1275 bis 1500 M. Dieses Lohnabkommen ist als ein Provisorium zu betrachten. Die Verhandlungen über den Neuaufschluß des von den Arbeitgebern geforderten Tarifvertrages werden im Laufe des Monats fortgesetzt werden.

Der Hauptbetriebsrat bei der Reichseisenbahn.

Ueber die Tätigkeit des Hauptbetriebsrats bei der Deutschen Reichsbahn liegt jetzt der Bericht für das Geschäftsjahr 1921-22 vor. Einleitend wendet sich der Bericht gegen die höhere und niedrigere Bürokratie, die sich zu einem großen Teil für den Ausbau des zusammengebrochenen Eisenbahnwesens als unfähig erwiesen hat. Anerkannt wird aber, daß es in allen Schichten der Beamten einige gibt, die die Mitarbeit der Betriebsräte bezügelten und gemeinsam mit ihnen Neuerungen durchführten. In der technischen Betriebs- und Verkehrsabteilung wird eine Fühlungnahme mit den Betriebsräten immer mehr angestrebt. In dem Bemühen, das Mitbestimmungsrecht zu sichern, ging der Hauptbetriebsrat an die Lösung seiner Aufgaben. Als die Frage der Abtretung der Reichsbahnen an das Großkapital auftauchte, und die Reichsverkehrsverwaltung Bundesgenossen zur Abwehr dieser Bestrebungen brauchte, beizog der Sprecher des Hauptbetriebsrats in dieser Verhandlung, daß dieser ein unbedingt Anhänger des Staatsbetriebes sei und jederzeit mehr Spielraum für die Mitwirkung der Betriebsvertretungen bei der Ausgestaltung und Verbesserung der Verwaltungs- und Betriebsformen. Nur unter dieser Voraussetzung könne der Reichsverkehrsminister mit einem entschiedenen Einfluß der Arbeiterschaft für die Erhaltung der Staatsbetriebe in jeder Situation rechnen.

Lebhafte Kämpfe wurden über die Regelung der Arbeitszeit, die man durch die Einschränkung längerer Pausen teilen wollte, geführt. Man kam schließlich überein, daß überall da, wo in drei Beschäftigungen gearbeitet wird, auch ohne Rücksicht auf die Beschäftigung der einzelnen Schichten, die Pausen zur Arbeitszeit gerechnet werden muß. Der wesentlich höhere Verdienst der Arbeiter in den Hauptwerkstätten und die weit günstigere Entlohnung in der Privatindustrie ließen die ungenügende Entlohnung in den Betriebswerkstätten stark fühlbar werden, so daß besonders in den Industriorten die Betriebswerkstätten einen erheblichen Abgang an Personal zu verzeichnen hatten. Der Hauptbetriebsrat hat dem Reichsverkehrsministerium Mitteilung gemacht. Das Reichsverkehrsministerium ist jetzt selbst von der Notwendigkeit einer Lohnregulierung der Bediensteten der Betriebswerkstätten überzeugt. Bisher scheiterten aber alle geplanten Maßnahmen in dieser Hinsicht an dem zentralen Aufbau des Lohnsystems. Von den Vorgesetzten zweier Werkstätten war bereits vor einhalb Jahren die Einführung des Bedingtes durchgeführt worden. Auf Grund der hierbei gemachten Erfahrungen ist jetzt mit den Werkstätten und dem Hauptbetriebsrat ein Bedingungsverfahren für die Betriebswerkstätten ausgearbeitet worden, das den Bediensteten einen entsprechenden Mehrverdienst sichert. Die Verwaltung will die Einführung des Bedingtes nicht lediglich wegen des Mehrverdienstes vornehmen, sondern ihre Hoffnung geht dahin, eine Mehrleistung zu erzielen, die dann den in vielen Betriebswerkstätten vorhandenen Personalmangel ausgleichen soll.

Der 51 Seiten starke Bericht zeigt in allen seinen Teilen, daß der Hauptbetriebsrat der Reichsbahnen es verstanden hat, die Aufgaben, die ihm zufallen, im Einklang mit seinen Pflichten gegen die Allgemeinheit zu erfüllen.

Achtung, Zimmerer! Das letzte Lohnabkommen, das für die Zeit vom 1. bis 14. Oktober eine Erhöhung von 10 M. pro Stunde vorsieht, ist von allen Parteien angenommen. Die Auszahlung resp. Nachzahlung des erhöhten Lohnes muß bis zum 13. Oktober erledigt sein.

Der Verband der französischen Seeleute hatte beim Unterstaatssekretariat für die Handelsmarine die Einberufung eines paritätischen Ausschusses beantragt, der in der Frage des Achtstundentages in der Handelsmarine einen Schiedspruch fällen und so dem Matrosenstreik ein Ende machen sollte. Das Unterstaatssekretariat hat die Einberufung des Ausschusses abgelehnt.

In der englischen Kohlenindustrie droht eine neue Krise. Auf die Forderung der Arbeiter nach Lohnerhöhung haben die Bergwerksbesitzer geantwortet, daß die Lage der Industrie sie zwingt, die Löhne in der nächsten Zukunft herabzusetzen. Die Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Der Volksgaunerschatz des Bergarbeiterverbandes beschloß, eine Deputation zum Ministerpräsidenten zu schicken.

Deutscher Arbeiterverband, Damen-, Kinderkleidung und Kostümfabrikation. Am 4. Oktober wurde mit den Arbeitgebern über neue Löhne für Oktober verhandelt. Die Verhandlung wurde von der nur Mitglieder Zutritt haben, ist Dienstagabend 6 Uhr geschlossen. 17.18. Die Arbeitlosenbewegung. Bericht über Lohnverhandlungen.

Theater der Woche.

Vom 8. bis 16. Oktober.

Volksbühne: 8., 9., 11. und 15. Der Besenbesen, 10. und 14. Ueber die Kraft, 1. Teil, 12. und 16. Ueber die Kraft, 2. Teil, 13. Die Waisen. — Opernhaus 8. und 12. Oberon, 9. Cavalleria rusticana, 10. Bohème, 11. Salome, 13. Einfontelkonzert, 14. Rigoletto, 15. Lohengrin, 16. Violetta. — Schauspielhaus: 8. und 13. Napoleon, 9., 12., 14. und 16. Der Herr vom Amt, 11. Hochzeit des Figaro, 15. Maria Stuart. — Deutsches Theater: 8., 9., 11., 12., 14. und 16. Simon oder Soam und Elferath, 10. Cyrano von Bergerac, 13. und 15. Der Bund der Jugend. — Kammeroper: Gastspiele des Deutschen Theaters: Kitzbühel, 8. Gastspiel, 9. Der Grobber, 10. Gastspiel, 11. Drei Schwärzer, 12. Gastspiel, 13. bis 16. Vater und Sohn. — Theater in der Koenigsberger Straße: 12., 13. und 14. Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler, 8. bis 10., 13., 15. und 16. Die Hölle von Teufel. — Deutsches Opernhaus: 8. und 13. Carmen, 9. Der Troubadour, 10. Oberon, 11. Die Fledermaus, 12. Die Schöne von Scarpagna, Cavalleria rusticana, 14. Rigoletto, 15. Kannehäuser, 16. Die Hölle. — Schiller-Theater: 8., 9., 12., 14. und 16. Fugolien, 10. und 13. Die Ehe, 11. Die Heilige, 15. Die fünf Fronfurter. — Neues Schauspielhaus: Der Wälschensche Hühner, 8. und 13. Die Wälschensche Hühner, 9. und 13. Die Wälschensche Hühner, 10. und 13. Die Wälschensche Hühner, 11. Die Wälschensche Hühner, 12. Die Wälschensche Hühner, 13. Die Wälschensche Hühner, 14. Die Wälschensche Hühner, 15. Die Wälschensche Hühner, 16. Die Wälschensche Hühner.

Nachmittagsvorstellungen: Volksbühne: 8. und 15. Ueber die Kraft, 1. Teil, 12. und 16. Ueber die Kraft, 2. Teil, 13. Die Waisen. — Opernhaus: 8. und 13. Cavalleria rusticana, 10. Bohème, 11. Salome, 13. Einfontelkonzert, 14. Rigoletto, 15. Lohengrin, 16. Violetta. — Schauspielhaus: 8. und 13. Napoleon, 9., 12., 14. und 16. Der Herr vom Amt, 11. Hochzeit des Figaro, 15. Maria Stuart. — Deutsches Theater: 8., 9., 11., 12., 14. und 16. Simon oder Soam und Elferath, 10. Cyrano von Bergerac, 13. und 15. Der Bund der Jugend. — Kammeroper: Gastspiele des Deutschen Theaters: Kitzbühel, 8. Gastspiel, 9. Der Grobber, 10. Gastspiel, 11. Drei Schwärzer, 12. Gastspiel, 13. bis 16. Vater und Sohn. — Theater in der Koenigsberger Straße: 12., 13. und 14. Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler, 8. bis 10., 13., 15. und 16. Die Hölle von Teufel. — Deutsches Opernhaus: 8. und 13. Carmen, 9. Der Troubadour, 10. Oberon, 11. Die Fledermaus, 12. Die Schöne von Scarpagna, Cavalleria rusticana, 14. Rigoletto, 15. Kannehäuser, 16. Die Hölle. — Schiller-Theater: 8., 9., 12., 14. und 16. Fugolien, 10. und 13. Die Ehe, 11. Die Heilige, 15. Die fünf Fronfurter. — Neues Schauspielhaus: Der Wälschensche Hühner, 8. und 13. Die Wälschensche Hühner, 9. und 13. Die Wälschensche Hühner, 10. und 13. Die Wälschensche Hühner, 11. Die Wälschensche Hühner, 12. Die Wälschensche Hühner, 13. Die Wälschensche Hühner, 14. Die Wälschensche Hühner, 15. Die Wälschensche Hühner, 16. Die Wälschensche Hühner.

Verantwortlich für den Inhalt: Carl Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Verlag von H. Glöck, Berlin. Druck: Verlags-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Seit 70 Jahren
ist San-R. Haussalbe bei Haut-
Dr. Strahl, Bein- und Kramphader-
geschwüren, Froschschäden, Hämor-
rhoiden ein bestbewährtes und
schnellheilendes Mittel. Original-
Dose 57,- und 105,- M.
Elefant-Apotheke
Berlin SW 213, Leipziger Str. 74, Bismarckpl.

Sehr preiswerte
Herrenunterwäsche
empfehlen
Strumpfhaus „Berba“
Berlin, Kottbuser Damm 12
Edle Senatsstraße

Zahngelüste
sowie
Gold-, Silber-, Platin- und
zuerst. Gegenstände genau denselben Wert
kauft und zahlt höchste Tagespreise
Barheile Edelmetallverwertung
Invalidenstr. 2, v. l. rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstraße
Kopenhagener Str. 9 (Laden)
2 Min. v. Bahn, Schönhauser Allee

Stein der Weisen
Das Original aller Nagelpoliersteine
Überall erhältlich.
KOPP & JOSEPH
BERLIN W 50
Potsdamer Straße 122.

Strickjacken
aller Art, Jumper, Kimonos, Strand-
jackchen etc. — Einzelverkauf bester
Qualitätsware
Billigste Bezugsquelle
Bruno Richter, Berlin-Pankow,
Mendelstr. 36, I.
Fabrik-Niederlage Thüring. Wollwaren.
Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 151, 116.
Fernruf: Pankow 3723

Dienstoffe bei Mousseline, Bolle
in apart. Anhalten. In Goussac
u. Sabardine, Marco-Polo u. Gintz
herden. Strümpfe, Schürzen u. Tücher.
Häcker. Händlerin ufm. Große Auswahl
in Damen- u. Kinderkleidung bei preisw.
Ella Dehmel, Neufölln
Kienstr. 9. Nähe Rinderplatz

Unsere Stärke

liegt in der Preiswürdigkeit!

3950: 2450:

- Jumper a. warm. Trikotstoff m. lang. Aerm. **1175⁰⁰**
- Strick Jack. reine W. in all. mod. Farben, 3475. **2975⁰⁰**
- Kostümröck. a. reinw. Cheviots, marinebl. u. schw., 1075. **1275⁰⁰**
- Kleiderserg. l. all. Farb., 110 cm br. Meter **935⁰⁰**
- Kammgarn-Cheviot, Kostümr., 130 cm breit, Meter **1150⁰⁰**
- Mod. Blusen u. Rockstreif. Nr. **395⁰⁰**
- Dam.-Hemd. aus gutem Wäscheoff. 575 495 **395⁰⁰**
- Damen-Beinkleider aus Prima Hemdentuch ... 475 **385⁰⁰**
- Untertaillen mit reicher Stickerei 149.50 125 **98⁰⁰**
- Prinzess-Rock aus Wäscheoff mit Stickerei u. Hohlbaum **895⁰⁰**

Eleganter Winter-Mantel mit modernem, weitem Passenschnitt aus gemustertem moligen Stoff

Fescher Backfisch-Mantel aus glattfarbigem, warmem Flauchstoff m. Leder garnierung

Wollenes Trikot-Kleid mit modernem Steppel in vielen Farben

indemann & Co
AKTIENGESELLSCHAFT

Berlin-Schöneberg - Hauptstr. 149

Gold-, Silber-Platin-Bruch-Gegenstände, Quecksilber
kauft zum höchsten Tageskurs
Heinrich Trapp
Beuthstr. 10, Spittelmarkt.

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
Herren-Damen-Anzüge, Paletots, Paletots, Kaffin, Schlüpfer, Röcke, Kleider.
Begonmäntel, Burschen-Anzüge
Gute Ware, solide Preise, — grosse Auswahl —
M. Beiser, Lothringer Str. 67

Perser-Teppiche
Klaviere, Flügel
Stellenangebote!
höchste Tageslohn, zahlte hier, Pankow, 9. Karl, 90ca
Stades im Vorwärts bestedachtung!

Metzner
Kinderwagen-Welthaus
Metall-Bettstellen, Kinder- u. Korbmöbel, Korbwaren, Russische, Puppenwagen, Alle Kinder-Fahrzeuge usw.
Größte Auswahl Berlins.
Andreasstr. 23, Andreasplatz
Brunnenstr. 95, Boussestr. 67
Leipziger Str. 64, Neukölln, Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24a.

Korbo, Rohmübel
Eig. Fabrik, stets her-
vorratig Neu, Gr. Aus-
wahl, billige Preise
Edmund Vol. Uta-Bordell
Berliner Str. 14, Nähe
Hermannplatz — Tel.
Neukölln 2204. Repar.
sämtlich Korbwaren